
Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Annahme einer EntschlieÙung

Lehramtsausbildung retten und Schulqualität sichern – Schnellschuss der Bildungssenatorin zurücknehmen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus von Berlin unterstützt die Kritik der Schulleitungsverbände, der GEW und des Landeselternausschusses an der am 22.05.2024 von Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch für das Schuljahr 2024/2025 angekündigten Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Lehramtsanwärter*innen und Kürzung der Profilstunden II. Das Abgeordnetenhaus schließt sich der Forderung an die Bildungsverwaltung an, die geplanten Maßnahmen umgehend zurückzunehmen.

Die Bildungssenatorin gefährdet mit ihrem Vorgehen nicht nur Schulentwicklungsprozesse und die individuelle Förderung von Schüler*innen, sondern auch die Qualität und Attraktivität der Lehramtsausbildung.

Die Kürzung von 310 Stellen im Rahmen des Profilbedarfs II an Berliner Schulen wird zu einer entscheidenden Verschlechterung der Unterrichtsqualität führen; Wahl- und Unterstützungsmöglichkeiten für Schüler*innen werden wegfallen.

Bildungsgerechtigkeit für alle Schüler*innen und Solidarität gegenüber Lehrkräften an Schulen in besonders herausfordernder Lage erreicht der Senat dadurch nicht, denn auch diesen Schulen werden die Stunden des Profilbedarfs II gestrichen. Zudem haben zum jetzigen Zeitpunkt die meisten Schulen ihre Planungen für das kommende Schuljahr 2024/2025 bereits vorgenommen. Ein kurzfristiger Wegfall von Unterrichtsstunden bedeutet für viele Schulen einen erheblichen organisatorischen Aufwand. Dies belastet das bereits am Limit arbeitende schulische Personal zusätzlich. Darunter leiden am Ende vor allem die Berliner Schüler*innen.

Zusätzlich führt die angekündigte Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung der Lehramtsanwärter*innen zu Beginn des Vorbereitungsdienstes von sieben auf zehn Unterrichtsstunden zu einer deutlichen Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen. Dadurch wird den Referendar*innen kaum noch Zeit für Hospitationen, angeleiteten Unterricht und Unterrichtsreflexionen bleiben. Von dem Ziel einer hochwertigen Lehrkräftebildung und einer Steigerung der Attraktivität der Lehrkräfteausbildung rückt die Senatsverwaltung mit diesen Maßnahmen weiter ab.

Der Umgang mit dem Lehrkräftemangel ist eine große Herausforderung, die nur im Dialog mit den Verbänden und der Stadtgesellschaft angegangen werden kann. Ein Schnellschuss wenige Wochen vor den Sommerferien ist nicht das Beste für Berlin.

Berlin, den 28. Mai 2024

Jarasch Graf Krüger
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen